

Schule der Bürgergesellschaft **Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen**



Präambel

Zum Hintergrund des Impulspapiers

Das vorliegende Impulspapier entstammt einer intensiven Diskussion im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)ⁱ. Es ist erarbeitet worden und wird in besonderer Weise getragen von Vertreterinnen und Vertretern der AG „Bildung und Qualifizierung“ des Bundesnetzwerkes.

Seit seiner Gründung im Juni 2002 gehört der Themenbereich „Bildung, Schule und Bürgergesellschaft“ zu den Kernthemen des BBE. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welchen Beitrag bürgerschaftliches Engagement zu einer zeitgemäßen Bildung leisten kann.

Viele Akteure wirken dabei mit, dass junge Menschen sich zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern entwickeln und demokratische Wert- und Verhaltensmuster ausbilden. Neben dem Elternhaus und der Schule sind vorschulische Einrichtungen, Akteure der außerschulischen Jugendarbeit, Vereine, Verbände, Jugendbildungseinrichtungen sowie freie Gruppen und Initiativen für viele Kinder und Jugendliche prägende Lern- und Erfahrungsorte.

Das BBE hat in seiner bisherigen Arbeit den Fokus bewusst insbesondere auf Schulen gerichtet. Denn hier liegen bislang ungenutzte Chancen, die bürgerschaftlichen Kompetenzen der jungen Generation zu stärken und damit gleichzeitig die Unterrichts- und Schulkultur positiv weiterzuentwickeln.

Das Netzwerk tritt ein für

- eine innere wie äußere Öffnung der Schulen
- neue Formen der Kooperation und Vernetzung der Schulen mit dem Gemeinwesen
- der Entwicklung und Etablierung von wirksamen Modellen des Erlernens demokratischer und bürgerschaftlicher Kompetenzen
- die Verankerung demokratischer Teilhabe und gesellschaftlicher Verantwortung als ein Kernelement des Bildungsauftrags von Schulen.

Durch die Etablierung einer bundesweiten Kongressreihe ist es dem BBE gelungen, theoretische Zugänge, empirisches Wissen, Praxiserfahrungen und politische Einschätzungen rund um die Thematik „Schule und bürgerschaftliches Engagement“ zu bündeln.

Das Impulspapier zielt darauf ab, diese langjährigen Erfahrungen als bürgerschaftliche Akzente in die aktuelle Bildungsdebatte, in Fachpolitiken und praktische Schulentwicklung einzubringen. Es adressiert dabei insbesondere politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Bund und Ländern.

Ausgangspunkt

Ausgangspunkt der hier angestellten Überlegungen ist ein ganzheitliches Bildungsverständnis, das für den öffentlichen, politischen und fachlichen Diskurs in Deutschland seit einigen Jahren prägend ist. Es geht davon aus, dass Bildungsprozesse den ganzen Menschen umfassen und sowohl kognitive und sachbezogene Kompetenzen als auch personale und soziale Kompetenzen einbeziehen.

Schule der Bürgergesellschaft

Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen



Bildung und Lernen ist ein lebenslanger Prozess, geschieht in der aktiven Aneignung der Welt durch das Individuum als Selbstbildung und zielt darauf ab, dass sich alle Potenziale eines Menschen entfalten können.

Zeitgemäße Konzepte von Bildung und Lernen bauen auf der grundlegenden Einsicht auf, dass neben dem formalen Lernen in der Schule auch das non-formale Lernen (z.B. in Fortbildungen und Kursen) sowie das informelle Lernen anerkannt, gefördert und mit dem schulischen Lernen verknüpft werden muss. Verbunden mit einem solchen Verständnis ist die Frage, wie Schulen dazu beitragen können, dass Schülerinnen und Schüler zu aktiver Bürgerschaft in einem demokratischen Gemeinwesen motiviert werden.

In den letzten Jahren hat sich für den Erwerb bürgerschaftlicher Kompetenzen in Anlehnung an Debatten im angelsächsischen Raum auch in Deutschland der Begriff "Civic Education" durchgesetzt. Gemeint ist damit im Kern die Erziehung und Bildung zum "kompetenten, mündigen Bürger". Im Begriff "Civic Education" bündeln sich Ansätze und Strategien der politischen Bildung, der Stärkung von Partizipation von Kindern und Jugendlichen, der demokratischen Gestaltung des Alltags in pädagogischen Einrichtungen sowie der Förderung von bürgerschaftlichen Engagement. Civic Education zielt auf die Ausbildung von Haltungen, Bereitschaft und Fähigkeiten zur Mitbestimmung in und Mitgestaltung von unserer Gesellschaft.

Gelernt wird an vielen Orten, auch im bürgerschaftlichen Engagement. Es besteht gegenwärtig die Chance, Schule und bürgerschaftliches Engagement neu und aufeinander bezogen zu denken. Damit können sowohl für das bürgerschaftliche Engagement als auch für die Schule bessere Perspektiven erschlossen werden. Bürgerschaftliches Engagement ist dabei sowohl Bildungsziel als auch Bildungs-ort. Engagement und die dabei stattfindenden informellen und nonformalen Bildungsprozesse z.B. in Vereinen, Verbänden, Projekten und Initiativen eröffnen Möglichkeiten für ein Lernen in lebensweltlichen Zusammenhängen, für ein gemeinsames Problemlösen zusammen mit anderen.

Civic Education und demokratisches Gestaltungshandeln lassen sich nicht ausschließlich durch theoretischen Unterricht erlernen. Theoretische Reflexionen müssen hier systematisch mit praktischen Erfahrungen in „Ernstsituationen“ verknüpft werden. Es gilt deshalb, diese Aufgaben als übergeordnete Prinzipien im Schulalltag als Elemente der Schulkultur zu entfalten. Wenn Schulen sich hin zu ihrem Umfeld öffnen und selbst als Teil der Bürgergesellschaft verstehen, entwickeln sich vielfältige Möglichkeiten für neue Lernarrangements. Schule kann so einen Beitrag dazu leisten, die nachwachsende Generation für eine aktive Beteiligung und Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens zu gewinnen.

Dieser Beitrag ist besonders wichtig, da das bürgerschaftliche Engagement Heranwachsender in Deutschland – ebenso wie der Bildungserfolg – in starkem Maße von der sozialen Herkunft bestimmt (Shell-Jugendstudie 2006, Freiwilligensurvey 2009) wird. Die soziale Selektivität im bürgerschaftlichen Engagement wird gesellschaftspolitisch zu einem immer größeren Problem und verlangt neue Ansätze und Wege des Handelns, um auch bei engagementfernen Gruppen Bereitschaft und Motivation zum Engagement zu wecken. Schulen als Institutionen, die alle jungen Menschen erreichen, kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Schule der Bürgergesellschaft **Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen**



Anliegen und Adressaten

In den zurückliegenden Jahren sind zahlreiche Annäherungen zwischen Schule und Bürgergesellschaft erzielt worden. Über die Bedeutung bürgerschaftlicher Kompetenzen wird häufiger und selbstbewusster diskutiert. Neue Ideen, Ansätze und Modelle werden erprobt; die Praxis ist vielfältig und in der Gesamtheit des Bildungs- und Erziehungssystems inzwischen auch sichtbar.

Aber: Engagement und Partizipation sind bislang noch nicht selbstverständlicher Teil schulischen Alltags und schulischer Kultur. Um bürgerschaftliches Engagement in angemessener Form in den aktuellen Bildungsreformprozessen zu verankern, bedarf es weiterer, gemeinsamer Anstrengungen. Ziel muss es sein, die bürgerschaftliche Perspektive in den maßgeblichen Debatten der Bildungspolitik und der pädagogischen Zielbestimmung der Schule zu verankern.

Die in diesem Papier vorgestellten Handlungsempfehlungen wollen einen Impuls setzen und erforderliche nächste Entwicklungsschritte anstoßen. Verbunden ist damit die Hoffnung, der Diskussion um eine „Schule der Bürgergesellschaft“ einen entscheidenden Schub zu geben und bürgerschaftliche Reformperspektiven in unserem Bildungssystem zu stärken.

Handlungsansätze

Verschiedenste unterrichtliche und außerunterrichtliche Handlungsansätze sind im Rahmen von Civic Education erfolgreich erprobt. Demokratiepädagogische Ansätze denken vom Kind und Jugendlichen aus und ermöglichen ihnen Mitentscheidung und Mithandeln auf den verschiedensten Ebenen der Schule (Klassenrat, Stufenparlament, Deliberationsforen usw.). Der Dreiklang – tatsächliche Verantwortungsübernahme, Erfahrung eigener Wirksamkeit und Anerkennungskultur – sorgt für eine gute Schulkultur, die wiederum ein besseres Lernen ermöglicht.

Prägend für Civic Education ist zum einen der kognitive Wissenserwerb über die Inhalte und die Themenvielfalt des bürgerschaftlichen Engagements. Dazu gehören die unterschiedlichen gesellschaftlichen Vereine, Verbände und Initiativen aus den Bereichen Sport, Kultur, Jugend, Umwelt oder Gender; vielfach gehören sie bereits zu den Kooperationspartnern der Schulen.

Zum anderen sind verschiedenste Angebote Orte für Civic Education – seien es Paten- und Mentoringprogramme, die Unterricht und Engagementlernen verbindende Methode des Service Learning, Arbeitsgemeinschaften, Schulchöre, Projektwochen, Sozialpraktika, Schülerfirmen usw.

Auch einer engagierten Elternarbeit kommt bei der Entwicklung einer demokratischen Schulkultur eine wichtige Rolle zu. Der Förderverein ist eine ideale Plattform, Eltern zu gewinnen, die an Gremienarbeit kein Interesse haben. Hier sind Eltern-Cafés, Informations- und Austauschabende, Fortbildung, Spracherwerb, Kulturbegegnung und Hausaufgabenbetreuung, aber auch Ansätze der Engagementförderung von Kindern und Jugendlichen möglich. Jede und jeder kann ihre und seine Fähigkeiten einbringen.

Schule der Bürgergesellschaft **Bürgergesellschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen**



Impulse für die Politik in Bund und Ländern:

Ein 10 Punkte-Programm zur Förderung von Civic Education

Die Förderung und Etablierung von Civic Education benötigt ein abgestimmtes, kooperatives Zusammenwirken von Politik in Bund, Ländern und Kommunen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen. Die im Folgenden aufgelisteten Impulse richten sich in erster Linie an die politischen Akteure in Bund und Ländern. Sie zielen auf die Verankerung von Partizipation und Engagement in Schulen, geben wichtige Anstöße für eine bürgerschaftliche Schulentwicklung und zeigen neue Bildungschancen im Kontext von Schule auf.

1. Civic Education einen zentralen Stellenwert in der öffentlichen und fachlichen Bildungsdiskussion geben

Die Bildung zu aktiver und mündiger Bürgerschaft in demokratischer Verantwortung gehört zum Kernauftrag von Schulen. Schule kann diese Aufgabe nur durch eine Öffnung zum gesellschaftlichen Umfeld und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren erfüllen. Bürgerschaftliches Engagement schafft neue und andere Bildungschancen. Sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler können von diesen in besonderem Maße profitieren.

Nur Schulen, die Möglichkeiten für Mitbestimmung und Mitgestaltung schaffen und mit Organisationen und Akteuren des Gemeinwesens zusammenarbeiten, sind zeitgemäße Schulen. Dies erfordert eine kooperative Schulentwicklung. Sie wird nur gelingen, wenn alle mitwirken: der Staat und das Schulsystem in seiner rahmensetzenden und ermöglichenden Funktion, die Einzelschule und die außerschulischen Bildungseinrichtungen in ihrem pädagogischen Verständnis und Handeln, die zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrer Verantwortung für die Weiterentwicklung der Schulen, und die Kommunen in der Initiierung kommunaler Vernetzung und Zusammenarbeit.

Wir empfehlen Bund und Ländern:

- den Austausch und die Vernetzung zwischen den Akteuren des Bildungssektors, der Bürgergesellschaft und den Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis zu unterstützen;
- den fachlichen und politischen Diskurs anzuregen;
- mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis zu kooperieren;
- die Entwicklung pädagogischer Ansätze und Methoden sowie ihre breite Umsetzung aktiv zu fördern, die herkunftsbedingte Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen im Zugang zu Engagement und Partizipation abzubauen.

2. Ein klares politisches Mandat und rechtliche Grundlagen für Civic Education schaffen

Alle Schulgesetze der Länder formulieren normative Bildungsziele im Bereich gesellschaftlicher Verantwortung, zur Schulöffnung und zur Kooperation mit außerschulischen Partnern. Eine konkrete Verankerung von Civic Education in den Schulgesetzen, Bildungsplänen und Curricula sollte, daran anknüpfend, einen eindeutigen Auftrag mit entsprechend beschriebenen Zielen,

Schule der Bürgergesellschaft **Bürgergesellschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen**



Kompetenzbereichen, Inhalten und Formaten (z.B. Fachunterricht, Praktika, Wahlpflichtkurse, Arbeitsgruppen) formulieren.

Wir empfehlen Bund und Ländern:

- einen klaren rechtlichen Bezugsrahmen zu schaffen und damit Schulen und engagierten Akteuren Orientierung und Handlungssicherheit zu geben;
- Civic Education in den rechtlichen Grundlagen zur Entwicklung von Ganztagschulen klar und eindeutig zu positionieren.

3. Kooperation von Bund und Ländern initiieren und Zusammenarbeit rechtlich absichern

Um bürgerschaftliches Engagement und Partizipation wirkungsvoll in Schulen und anderen Bildungsinstitutionen zu verankern, bedarf es auch entsprechender Praxisprogramme. Bund-Länder-Programme haben in der Vergangenheit eindrucksvoll Innovationen vorangetrieben. An diese Erfahrungen gilt es anzuknüpfen. Die Entwicklung und Erprobung neuer und besserer Formen der Zusammenarbeit von Schulen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, des Lernens und Unterrichtens sowie die Initiierung einer neuen Unterrichts-, Lern- und Schulkultur könnte durch ein Bund-Länder-Programm mit entsprechender inhaltlicher Ausrichtung entscheidend vorangetrieben werden.

Wir empfehlen Bund und Ländern:

- das mit der letzten Föderalismusreform beschlossene Kooperationsverbot in Bildungsfragen zu lockern;
- gemeinsame Bemühungen von Bund und Ländern für eine frühe Förderung von Engagement und Partizipation in Schulen wieder zu ermöglichen;
- zeitnah ein Bund-Länder-Programm zu entwickeln und umzusetzen.

4. Lehrerinnen und Lehrer von Anfang an qualifizieren und fachlich durch Aus-, Fort- und Weiterbildung unterstützen

Die Förderung von Civic Education braucht Qualifizierung und Weiterbildung. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen bereits in ihrer grundständigen Ausbildung entsprechende pädagogische Haltungen und Handlungskompetenzen entwickeln. Für bereits aktive Lehrerinnen und Lehrer sind entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote erforderlich. Nur so können Engagement und Partizipation der Schülerinnen und Schüler, innere und äußere Öffnung von Schule sowie die konstruktive Zusammenarbeit mit bürgerschaftlichen Akteuren nachhaltig gestärkt werden.

Wir empfehlen den Ländern:

- Civic Education in den Ausbildungsgängen von Lehrerinnen und Lehrern zu verankern und einen hohen Stellenwert zu geben;
- passgenaue Fort- und Weiterbildungen anzubieten.

Schule der Bürgergesellschaft

Bürgergesellschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen



5. Durch Modellprojekte und Modellregionen Leuchttürme schaffen

Auch die Länder können mit zielgerichteten Programmen Projekte und Methoden der Civic Education erproben und etablieren. Durch solche Programme können Schulen wirkungsvoll in der praktischen Umsetzung von Civic Education unterstützt werden. Gleichzeitig profitieren Schulen dadurch in der Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags.

Engagementförderung in und durch Schulen braucht Kooperation und Vernetzung mit gesellschaftlichen Organisationen. Besonders vielversprechend ist dies in Kommunen und Regionen, in denen Schulen, Kindertagesstätten, Jugendorganisationen, kommunale Einrichtungen, die Verwaltung etc. eng miteinander zusammenarbeiten. Nur wenn Engagement und Partizipation von Kindern und Jugendlichen als gemeinsames Ziel verankert ist, kann die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen durch vielfältige und passgenaue Engagement- und Partizipationsangebote geprägt werden.

Wir empfehlen den Ländern:

- die Chancen der Zusammenarbeit mit Kommunen, Zivilgesellschaft und auch Unternehmen für die Entwicklung konkreter Modelle zu nutzen;
- die Entwicklung von Modellprojekten und -regionen durch finanzielle Ressourcen, Vernetzungsstrukturen, Qualitätskriterien, fachliche und wissenschaftliche Begleitung zu unterstützen;
- Modelle der Elternpartizipation und des Elternengagements in Schulen zu unterstützen, die über die gesetzliche Elternmitbestimmung hinausgehen;
- gute Praxis zu verbreiten und bekanntzumachen.

6. Civic Education und Demokratiebildung in Schulen wirksam und vielfältig unterstützen

Für die Erprobung von Ansätzen und Methoden der Civic Education ist es für Schulen hilfreich, auf pädagogische Materialien, praxistaugliche Empfehlungen und Handreichungen, die Aufbereitung gelungener Beispiele, Erfolgskriterien von Projekten und konkrete Umsetzungsmöglichkeiten zurückgreifen zu können. Bund und Länder können bei der Erstellung solcher Arbeitsmaterialien an Erfahrungen und Vorarbeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen anknüpfen, gemeinsam mit ihnen Lücken schließen und neue Wege der Verbreitung und Zugänglichkeit solcher Materialien entwickeln.

Wir empfehlen Bund und Ländern:

- Schulen durch praktische Hilfestellungen (z. B. Methoden- und Materialenkoffer) zu ermutigen und zu unterstützen;
- ein Portal mit Lern- und Sharefunktionen aufzubauen;
- vorhandene Expertise zielgerichtet zu nutzen;
- öffentliche Aufmerksamkeit durch die Ausschreibung von Wettbewerben und Preisen zu erhöhen.

Schule der Bürgergesellschaft

Bürgergesellschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen



7. Bildung ganzheitlich denken: Diskurse verknüpfen und Akteure vernetzen

Die Diskurse um ein umfassendes Bildungsverständnis, die Ganztagschule, um Partizipation und bürgerschaftlichen Engagement, Nachhaltigkeit und Demokratiebildung werden nahezu parallel geführt. Eine Verknüpfung unter dem Begriff Civic Education bietet die Chance, die Bildungsbedingungen junger Menschen innovativ zu gestalten und Synergien zu erschließen. Ihre enge Verknüpfung würde die Ansprüche der einzelnen Debatten in ihrer Intensität, Konsequenz und praktischen Implementierung deutlich steigern und könnte durch ein bürgerschaftlich orientiertes Leitbild von Schule befördert werden.

Die Verknüpfung von Schule und Bürgergesellschaft braucht Anstöße und Initiativen sowohl „von oben“ über Fachdiskurse und bildungspolitische Initiativen als auch „von unten“ durch eine lebendige Praxis guter Projekte und Modelle. Dabei sind Möglichkeiten des gegenseitigen Lernens und des Transfers erprobter Modelle von zentraler Bedeutung. Vernetzung, Bündnisse und Partnerschaften sind auch hier der richtige Weg, um erfolgreichen Ideen zu ihrer Verbreitung zu verhelfen. Bund und Ländern kommt hierbei eine besondere Verantwortung zu.

Wir empfehlen Bund und Ländern:

- durch eigene Programme, Vernetzungen und Aktivitäten zur Weiterentwicklung und Gestaltung bürgerschaftlicher Perspektiven von Schule beizutragen.
- durch Programmzuschnitte, Förderrichtlinien und -kriterien einen Anreiz zu setzen, gezielt Schnittstellen zentraler pädagogischer Diskurse über Civic Education, bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation bei Konzeptentwicklung und -umsetzung zu identifizieren und zu bearbeiten.

8. Nicht nur in Projekte, sondern auch in Strukturen investieren

Bestehende Ansätze von Civic Education und Demokratiepädagogik leiden erheblich darunter, dass vorrangig Projekte, zeitlich befristet und mit häufig ungesicherter Nachhaltigkeit gefördert wurden. Innovative Ansätze einer bürgerschaftlichen Bildung bleiben in ihrer Wirkung begrenzt, wenn es bei solchen zufälligen und ungesicherten Ansätzen zu ihrer Verankerung im Bildungssystem bleibt. Benötigt werden klare rechtliche Regelungen und verlässliche Strukturen.

Angesichts dieser Erfahrungen und mit Blick auf die hohen und permanent wechselnden Anforderungen an die Institution Schule, ist es entscheidend – neben einer verlässlichen Förderung von Praxisprojekten – auch stabile Strukturen der Förderung von Engagement und gesellschaftlicher Mitgestaltung im Gemeinwesen zu etablieren, die den Schulen als kompetente Mittler, gut vernetzte Unterstützer und verlässliche Partner zur Seite stehen.

Solche Funktionen übernehmen innerhalb der Schulen vor allem Fördervereine sowie Beiräte (Elternbeiräte etc.). Ihre Rolle zu stärken und bürgerschaftliches Engagement in der Schule weiter zu entwickeln, wird eine wichtige Aufgabe sein. Auf kommunaler Ebene können es insbesondere Freiwilligenagenturen und -zentren, Ehrenamtsbörsen, Seniorenbüros, Nachbarschafts- und Mehrgenerationenhäuser etc. sowie Jugendverbände, Jugendvereine und ehrenamtliche Organisationen sein. Auf Landesebene empfehlen sich insbesondere Netzwerke der

Schule der Bürgergesellschaft

Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen



Engagementförderung. Auch auf der bundespolitischen Ebene gibt es Promotoren der Engagement-, Partizipations- und Demokratieförderung, deren Wirksamkeit ebenfalls durch verlässliche Unterstützung erweitert werden muss.

Wir empfehlen daher Bund und Ländern:

- eine langfristige und verlässliche Förderung von gesellschaftlichen Akteuren im Bereich von Civic Education, Demokratiepädagogik und bürgerschaftlichem Engagement.
- eine nachhaltige Förderung der genannten Infrastrukturen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene.

9. Öffentlich Rechenschaft ablegen

Die Bemühungen zur Etablierung von Engagement- und Demokratieförderung in Schulen müssen nachvollziehbar und in ihren Erfolgen messbar sein.

Wir empfehlen daher Bund und Ländern:

- die Verankerung von Civic Education und Demokratiepädagogik in den konzeptionellen Grundlagen des Bildungsmonitorings des Bundes und der Länder.
- die Evaluation von Praxisprojekten und Infrastrukturförderung im Bereich von Civic Education und bürgerschaftlichem Engagement.

10. Wirkungsforschung fördern, an internationalen Vergleichsstudien teilnehmen

Das Wissen über Wirkung und Erfolg von Programmen und Projekten der Civic Education ist ungesichert und lückenhaft.

Wir empfehlen daher Bund und Ländern:

- die Förderung von Wirkungsforschung in diesem Feld;
- die Teilnahme Deutschlands an der International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) 2016, die analog zu PISA, TIMMS und IGLU Stand und Entwicklungen im Bereich von Civic Education im internationalen Vergleich misst.

Fazit

Schule kann ihren Auftrag einer umfassenden Bildung nur durch eine Öffnung zum gesellschaftlichen Umfeld und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren erfüllen. Zu einem zeitgemäßen Bildungsverständnis gehört es, formale, informelle und non-formale Bildung miteinander zu verzahnen, und das bürgerschaftliche Engagement sowie die demokratische Beteiligung einzelner und zivilgesellschaftlicher Organisationen in die Unterrichts- und Schulentwicklung einzubinden. Hiervon profitieren alle: die Schülerinnen und Schüler, da sie soziale und demokratische Kompetenzen erlernen, die Lehrerinnen und Lehrer, weil sie die Erfahrungswelten und Bildungspotentiale gemeinnütziger Organisationen für ihren Unterricht nutzen können, die Schule,

Schule der Bürgergesellschaft **Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen**



weil sie sich zusätzliche Potenziale des Kompetenzerwerbs erschließt, und die Gesellschaft, weil die Stärkung ziviler und demokratischer Kompetenzen ihre Integrationskraft stärkt.

Alle hier beschriebenen Maßnahmen sind ohne die Bereitstellung von Finanzmitteln nicht zu realisieren. In Deutschland wird nach wie vor – auch im Vergleich zu anderen europäischen Staaten – zu wenig Geld in den Bildungssektor investiert. Bund und Länder haben sich daher auf dem Bildungsgipfel 2008 dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2015 den Anteil der gesamtstaatlichen Aufwendungen für Bildung und Forschung auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Hierbei sollte auch dem Anliegen der Civic Education ein angemessener Anteil zukommen.

Selbstverständnis der Akteure

Die Akteure und Träger dieser Tagung werden sich weiterhin aktiv in Bildungspolitik und Engagementpolitik einbringen. Sie werden sich dazu vernetzen und auch andere davon überzeugen, dass eine gemeinsame Lobbyarbeit im Interesse früher Engagement- und Demokratieförderung von Kindern und Jugendlichen sowie der Entwicklung bürgerschaftlich orientierter Schulen sinnvoll und möglich ist. Politik allein wird dies nicht richten können. Politische Weichenstellungen in Bund und Ländern können aber positive Rahmenbedingungen schaffen, deren es dringend bedarf.

Wir werden den Umgang mit dem Impulspapier konstruktiv-kritisch begleiten und bleiben gerne in engem Austausch und Kontakt mit den politischen Entscheiderinnen und Entscheidern.

ⁱ Das im Jahr 2002 gegründete Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist ein Zusammenschluss von Akteuren aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft. Das übergeordnete Ziel des Netzwerks ist die nachhaltige Förderung von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen. Es ist die gemeinsame Aufgabe aller Mitglieder, in nachhaltiger Weise bestmögliche rechtliche, institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement zu schaffen. Dabei sieht das BBE Engagementförderung als eine gesellschaftspolitische Aufgabe an, die sich nicht auf einzelne Engagementfelder beschränkt, sondern sämtliche Gesellschafts- und Politikbereiche umfasst. Dabei geht es sowohl darum, Eigenverantwortung, Partizipation und Selbstgestaltung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken als auch neue Formen und Verfahren für gesellschaftliches Mitentscheiden und Mitgestalten zu entwickeln. Hierzu gehört der Abbau bürokratischer Hemmnisse ebenso wie die Fortentwicklung engagementfreundlicher Bedingungen in Organisationen und Institutionen. Das BBE orientiert sich am Leitbild einer aktiven Bürgergesellschaft, die durch ein hohes Maß an Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung des Gemeinwesens geprägt ist (Leitbild BBE).